

BITBURGER GESPRÄCHE
JAHRBUCH 2013

HERAUSGEGEBEN
VON DER STIFTUNG GESELLSCHAFT FÜR
RECHTSPOLITIK, TRIER
UND DEM INSTITUT FÜR RECHTSPOLITIK
AN DER UNIVERSITÄT TRIER



VERLAG C.H. BECK MÜNCHEN 2013

www.beck.de

ISSN 01743627
ISBN 978 3 406 66418 2

© 2014 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz: Heribert Blay, Dachau

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza GmbH
Neustädter Str. 1–4, 99947 Bad Langensalza

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Inhaltsverzeichnis

Öffentlichkeit und Privatheit – Grenzverschiebungen in der modernen Kommunikationsgesellschaft

CHRISTINE LANGENFELD Begrüßung	1
MARTIN NETTESHEIM Einführung in das Thema	5
UDO DI FABIO Wie reagiert Demokratie auf den Wandel der Öffentlichkeit?	11
CAJA THIMM Digitale Gesellschaft und Öffentlichkeit – neues Bürgerbewusstsein?	21
TABEA RÖSSNER Politik und Öffentlichkeit: Wie kann gemeinwohldienliche Politik in der modernen Kommunikationsgesellschaft formuliert werden?	31
CHRISTIAN SCHERTZ Der Verlust der Privatsphäre in der modernen Mediengesellschaft – Ist das Individuum noch geschützt?	39
RAINER STENTZEL Privatsphäre und Datenschutz – zwei Seiten einer Medaille?	61
TOBIAS SCHMID Funktion und Verantwortung des Rundfunks im öffentlichen Raum	69

CAJA THIMM

Digitale Gesellschaft und Öffentlichkeit – neues Bürgerbewusstsein?

Zunächst gilt mein herzlicher Dank für diese Einladung den Organisatorinnen und Organisatoren, insbesondere Frau *Langenfeld* und Herrn *Nettesheim* – eine solch interdisziplinäre Perspektive auf ein hoch aktuelles und zudem sehr politisches Thema ist aus meiner Sicht eine ausgesprochen bereichernde und anregende Idee. Und bedanken möchte ich mich auch bei meinem Vorredner, Herrn Kollegen *Di Fabio*, denn dort wo er geendet hat, möchte ich den Faden weiter spinnen.

Für mich hat sich die Frage gestellt, wie ich der Anforderung gerecht werden kann, auf einer juristischen Tagung medienwissenschaftliche Perspektiven einzubringen! Als nicht des juristischen Diskurses Mächtige hat mich die Frage, wie wir dieses Thema aus der medienwissenschaftlichen Sicht behandeln, aus verschiedenen Perspektiven beschäftigt. Ich habe mich für eine spezifische Sichtweise entschieden: die des Bürgers bzw. der Bürgerin, der bzw. die heute gleichermaßen offline und online als „Staatsbürger“ agiert. Die Frage stellt sich ja heute ganz konkret: Was bedeutet es denn, Bürger/Bürgerin in Zeiten einer digitalen Gesellschaft zu sein? Welche Strukturen wandeln sich, gibt es neue Kommunikationsformen oder: bleibt alles beim Alten?

Lassen Sie mich mit einigen Vorüberlegungen beginnen.

Menschen haben schon immer, auch vor der „digitalen Revolution“, mithilfe von Medien kommuniziert. Technik ermöglicht uns schon lange, uns über Zeit- und Raumgrenzen hinweg zu verständigen. Telefon, Fax, E-Mail – wir tendieren dazu, zu vergessen, dass diese Medien ja noch existieren und durchaus benutzt werden. Die digitale, partizipationsorientierte Technologie aber hat die Kommunikation von Menschen untereinander in den letzten Jahren kategorial verändert. Jeder kennt Kinder und Jugendliche, die mit kleinen Knöpfchen im Ohr oder zunehmend auch übrigens mit überdimensionierten bunt schillernden *Skull Candies* zur Schule gehen. Sie sind eines der sichtbarsten Phänomene unseres mediatisierten Alltags – auf den Begriff der „Mediatisierung“ komme ich noch einmal genauer zu sprechen. Diese Mediatisierung wird uns allen – nicht nur denen, die die Kinder in der Schule, auf dem Schulhof beobachten – sichtbar und spürbar. Der öffentliche Raum ist voll von Beispielen dieser zunehmenden Mediatisierung unseres Alltags. Die laut telefonierenden Zugnachbarn sind sicher allen schon einmal negativ aufgefallen, die selbstvergessen SMS tippenden Menschen in der Straßenbahn – manchmal übrigens zu zweit und dritt wie viele Jugendliche –, oder der *electronic reader* lesende Schlangestehler im Supermarkt: Dies sind sichtbare Zeichen und Manifestationen neuen Mediengebrauchs in der Öffent-

lichkeit. Um es zu betonen: All diese Tätigkeiten, und das ist das Spannende daran, spielen sich im öffentlichen Raum ab und geben Zeitlichkeit, Ortsbezügen und auch natürlich Privatheit eine ganz neue Bedeutung. Die zunehmende Verbreitung neuer technologischer Standards in der Fläche und die immer schnelleren Internetverbindungen machen das Netz sicher demnächst vollständig ubiquitär. Es wird keine Raumbegrenzung mehr geben. Irgendwo schlechter Empfang wird wahrscheinlich auch bald der Vergangenheit angehören. Und natürlich stellt sich dann die Frage: Wie können wir diese ganzen Entwicklungen einordnen?

Heute erleben wir eine Phase der Technologisierung interpersonaler Kommunikation, die sich vor allen Dingen auf die globale soziale Vernetzung bezieht. Es ist das sogenannte *Web 2.0* – wir sprechen inzwischen nicht mehr von *Web 2.0*, sondern von *social media* oder *social networks* wie *Facebook*, *Twitter*, *Xing*, *Instagram* oder auch *You Tube* –, aber auch natürlich die großen Wissensbörsen – erwähnt wurde ja auch schon *Wikipedia* – und die vielen Blogs. Sie bilden eine neue kommunikative Öffentlichkeit des privaten und beruflichen Alltages. Diese Applikationen sind dadurch gekennzeichnet, dass dort Nutzung und Produktion von Nachrichten zusammenfallen, und das ist neu. Denn heute kann jeder Nachrichtenproduzent werden, da jeder und jede in jeder Zeit, in jeder Beobachtungssituation Nachrichten absetzen kann. Und dies ist kein lokales Phänomen, sondern wir erleben eine globale Vernetzung. Die Teiligungsbarrieren für die *Netizens* oder Netzbürger sinken auf allen Ebenen. So werden politische Ereignisse nahezu in Echtzeit der Weltöffentlichkeit bekannt, die *Leaking*-Kultur macht auch vor Ministerinnen und Ministern nicht halt und hat sogar zu einem *Vatigate* geführt. Transparenz ist ein so hoch bewertetes Gut in der Politik geworden, dass mit diesem Fahnenwort einer neuen Partei sogar der Einzug in die Parlamente gelungen ist.

Dies sind aus einer übergeordneten Sicht zunächst isoliert erscheinende Phänomene. Manches mag Hobby sein, manches sozusagen berufliche Leidenschaft, aber diese ganzen Entwicklungen verweisen auf einen kategorialen Wandelprozess. Menschen machen selbst die Medien, mit deren Hilfe sich politische Öffentlichkeit herausbildet. Das heißt, die redaktionelle Kontrolle, das, was wir in der klassischen Massenmedienforschung jahre- und jahrzehntelang gelehrt haben, ist fast obsolet geworden. Und spätestens seit Stuttgart 21 wissen wir, dass Bürgerproteste und Bürgerengagement sich dieser Medien kompetent bedient und ein ernstzunehmender Faktor lokaler politischer Entscheidungen werden kann. Eine unserer Studien (*Thimm/Bürger 2013*) hat gezeigt, dass beispielsweise am Tag der Wahl in Baden-Württemberg die sogenannten *Hashtags*, die den Inhalt strukturierenden Schlagwörter auf *Twitter*, zum Thema Stuttgart 21 ihren höchsten Anteil während des gesamten Landtagswahlkampfes 2010 erreichten. Das dürfte kein Zufall gewesen sein – es wurde gezielt über *Twitter* mobilisiert! Das heißt: Es gibt ein erstarktes Selbstbewusstsein der Bürgerschaft, das sich auch darin äußert, global vernetzt, Unterstützung organisiert, Weltöffentlichkeit informiert. Das heißt vielleicht – so die These – eine neue Autonomie des Bürgers, der Bürgerin.

Aber: Wie lässt sich diese These belegen, wie systematisch und theoretisch angehen? Ich möchte dazu Vorschläge unterbreiten und bin natürlich gespannt auf die Diskussion mit den anderen Fachdisziplinen.

Beginnen wir mit einer gesellschaftspolitischen und modellbezogenen Einordnung. Das theoretische Modell, das ich meinen Überlegungen zu Grunde lege, ist das Modell der *Mediatisierung* als eines durchgehenden, übergreifenden Metaprozesses sozialen Wandels. Dazu möchte ich Ihnen ein Zitat meines Kollegen *Friedrich Krotz* von der Universität Bremen vortragen (*Krotz 2007*). Und zwar behauptet er – und ich denke, dass wir inzwischen auch genug Daten haben, um das zu untermauern –, dass „diese Entwicklung (die ich Ihnen gerade geschildert habe), die heute in der Durchsetzung der digitalisierten Kommunikation kulminiert, mit dem Internet längst nicht zu Ende ist, sondern einschließlich ihrer sozialen und kulturellen Folgen als Prozess der Mediatisierung bezeichnet werden kann“. Und ausschlaggebend ist: „Mediatisierung wird hier als Metaprozess des sozialen Wandels verstanden“ (*Krotz 2007*, S. 27). Metaprozess bedeutet nichts anderes, als dass keiner sich ausklinken kann. Sie können auf die einsame Insel fahren, Sie können Ihr Handy abstellen, Sie können Bücher schreiben über „Ich bin jetzt mal sechs Monate off“. Nach sieben Monaten wären Sie alle wieder on. Es nutzt Ihnen nichts. Denn Sie werden Prozesse haben, die sozusagen „durchmediatisiert“ sind, und Sie kommen nur über mediale Kanäle an sie heran. Früher war es das Fernsehen, das wir natürlich nach wie vor intensiv nutzen. Aber es bedeutet eben: Wir bewegen uns in einem digitalen Spannungsfeld von Abhängigkeiten, aus dem wir nicht so einfach aussteigen können. Die Frage ist, ob wir diese Herausforderung annehmen oder nicht. Dazu haben alle Vorredner schon sehr viel gesagt. Die Frage, die sich nun stellt – und ich glaube, das ist aus unserer beider Perspektive, der juristischen und der medienwissenschaftlichen, extrem spannend, extrem wichtig – lautet: Was bedeutet diese digitale Mediatisierung? Eine Chance? Ein Risiko? Wo ist die Chance? Und natürlich: Wo ist das Risiko?

Eine Perspektive, die ich hier einnehmen will, ist der Blick auf die sich global verändernden politischen Partizipationskulturen durch das Netz. Man könnte provozierend fragen, ob wir auf dem Weg zu einem „digitalen *Citoyen*“ sind, einem globalen Bürger, der nicht mehr nach den deutschen staatsbürgerlichen Vorstellungen des Bürgers als (fast schon) Konsument staatlicher Dienstleistung angesehen wird, sondern eher im Sinne des französischen *Citoyen*, der sich als kritischer Bürger einbringt und das große Ganze im Blick hat. *Jean-Jacques Rousseau* formulierte es in *Le contrat social* (1762) folgendermaßen: „Der *Citoyen* ist ein höchst politisches Wesen, das nicht sein individuelles Interesse, sondern das gemeinsame Interesse ausdrückt. Dieses gemeinsame Interesse beschränkt sich nicht auf die Summe der einzelnen Willensäußerungen, sondern geht über sie hinaus.“

Nun stellt sich natürlich die Frage, ob man die digitalen politischen Aktivitäten in Deutschland, die häufig auch lokalen Partikularinteressen dienen, so weitgehend interpretieren darf. Lassen Sie mich daher beispielhaft einige Ereignisse herausgreifen, die sich als Hinweis auf eine solche „digitale Bürgerschaft“ interpretieren lassen. Beginnen möchte ich mit der *Occupy*-Bewegung. Die Bilder stammen aus Frankfurt, aber es ist ja bekannterweise eine globale Bewegung. Ein rein europäisches Thema, nämlich ACTA, ist mein zweites Beispiel. Die Stärke der Anti-ACTA-Bewegung war für viele vollständig überraschend. Der Gesetzentwurf kursierte ja schon relativ lange,

und plötzlich war es ein Thema in Köln, in Berlin, in Wien oder in Paris, mit ganz ähnlichen Signifikaten der öffentlichen Auseinandersetzung, ähnlichen Symbolen, Maskierungen, ähnlichen Kodizes. Das Interessante an diesem Phänomen war, dass ein netzpolitisches Thema in der Netzgemeinde mit Hilfe von Netzmedien (und später auch Traditionsmedien) kommuniziert wurde, und zwar erstaunlicherweise letztendlich sogar erfolgreich: ACTA wurde niedergestimmt.

Lassen Sie mich ein weiteres Beispiel nennen: Bekannt und berühmt geworden ist die im so genannten „Arabischen Frühling“ kommunizierte Bürgerbeteiligung in Ländern, die wir zum Teil ja nicht einmal auf der politischen Landkarte hätten: Ägypten, der berühmte Tahrir-Platz; das syrische Homs, aus dem man inzwischen fast gar nichts mehr hört, seitdem das Internet dort massiv beeinträchtigt ist; und natürlich auch ältere Konflikte wie im Iran. Das Interessante ist, dass diese Bilder Ihnen eigentlich nur zeigen, dass es diese Form der Öffentlichkeit schon länger gibt. Denn auch schon 2009 kamen viele Informationen über das Internet. Und natürlich Ägypten 2011: Wir haben dazu eine Studie durchgeführt, die verdeutlicht, dass hier Beteiligungsformen sehr spezifisch zu betrachten sind (Thimm/Bürger 2012). Gerade in diesen Ländern ist nämlich von einer sehr starken „digitalen Spaltung“ auszugehen, d.h. von einer relativ geringen Zugangsquote der Bevölkerung zum Internet. Das Bild aus Syrien 2012: ein dramatischer Krieg, der bei uns fast nicht mehr auf dem großen Themenkatalog ist. Ein letztes internationales Beispiel aus China. Wie stark das chinesische Internet kontrolliert wird, ist im Westen gut bekannt. Was weniger bekannt sein dürfte, sind die kreativen Lösungen, die sich die Millionen von chinesischen Internetnutzern ausdenken, um diese Hürden zu überwinden. Zwar ist beispielsweise *Twitter* in China verboten, aber es gibt *Sina Weibo*. In der *Sina Weibo*-Sphäre – *Sina Weibo* ist das chinesische Pendant zu *Twitter* –, wird schnell klar, wie allein über die schiere Masse an Botschaften, Fotos und Texten selbst eine gut ausgestattete Zensurbehörde an ihre Grenzen kommt und eine Regierung, insbesondere die korrupten Kader, massiv unter Druck geraten kann. Manche Themen sind auch hier lokal: Ob das eine Diskussion über die Veränderung der Straflager ist, oder ob es – und dies ist ein Beispiel, das relativ bekannt geworden ist in Deutschland – um das Thema Korruption geht: Zu all diesen Themen finden sich lange Texte in *Sina Weibo*. Das Foto hier zeigt z. B. eine Rolex-Uhr am Arm eines Politikaders, der so der Korruption überführt werden konnte. Kleine Ergänzung am Rande: Mein chinesischer Mitarbeiter hat berichtet, dass seit diesem *Weibo*-Photo die chinesischen Kader kleine schwarze Kappen über ihren Uhren tragen, wenn sie politische Termine wahrnehmen, damit man die Uhren nicht mehr sieht. Sie sehen: Es gibt für alles pragmatische Lösungen!

Diese Beobachtungen verdeutlichen, dass diese Entwicklungen ein globaler Trend sind – dass Bürger beobachten, dokumentieren und mit der digitalen Welt eine Option der Publikation gefunden haben, die ihnen früher nicht zur Verfügung stand.

Während wir bei diesen internationalen Beispielen in Bezug auf ihre Auswirkungen doch eher auf Vermutungen angewiesen sind, gibt es Fälle in Deutschland, wo wir die Folgen besser abschätzen können. Zwei Fälle möchte ich Ihnen zeigen, die auch noch einmal belegen sollen, wie stark Politik digital mediatisiert ist. Die Website „Wir in

NRW“ ist mein erstes Beispiel. „Wir in NRW“ ist ein Beispiel für einen Blogger, der im Sinne von *Wikileaks* – das war damals noch gar nicht so publik – Aufklärungsarbeit im Vorfeld der Landtagswahl in NRW 2010 geleistet hat (nachlesbar unter Thimm 2012). Dieser Fall ist sehr bekannt geworden und deswegen kann man ihn auch vollständig ohne Probleme jederzeit im Netz weiterhin abrufen. Es handelte sich um die klassische, heute als „*Leaking*-Kultur“ bezeichnete Offenlegung von internen Abläufen, wo aus der Staatskanzlei ganz spezifische Informationen über die Aktivitäten des damaligen Ministerpräsidenten *Rüttgers* geleakt wurden, weitergegeben wurden an diesen Blogger, der sie dann online stellte. Er ist übrigens der einzige, der sein Gesicht auch heute noch für diese Form von medialer Präsentation zur Verfügung stellt, da er pensionierter Journalist ist und keine Sanktionen fürchten musste. Alle anderen sind nach wie vor Journalisten, die in Lohn und Brot stehen und die Sorge hatten um ihre Arbeitsplätze, wenn sie sich an dieser Form der – positiv ausgedrückt – Transparentmachung von politischen Missständen beteiligen. Es darf zumindest vermutet werden, dass diese Affäre einen Einfluss auf das Wahlergebnis hatte!

Der zweite Fall, der inzwischen schon fast symbolisch für die neuen Bürgerbeteiligungsformen steht, ist Stuttgart 21. Auch hierfür ein Beispiel, das die damals noch sehr neue Rolle von *Twitter* verdeutlicht. Ich leite seit dem Jahr 2010 ein Forschungsprojekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft, das sich mit der Frage der „Deliberation im Netz“ beschäftigt, genauer mit der Frage, die Herr *Di Fabio* auch angeschnitten hatte: Kann man denn überhaupt von Deliberation reden in diesen fragmentierten, teilweise wirren oder vielleicht auch konfusen digitalen Welten? Lassen Sie mich ein Beispiel zeigen, nur um zu verdeutlichen, wie bürgerschaftliche Diskurse heute organisiert werden. Und das ist keineswegs nur eine digitale Elite, sondern das ist inzwischen auch die Polizei (wobei vielleicht die Polizei auch inzwischen digitale Elite ist!). An diesem *Tweet* sehen Sie etwas ganz Interessantes: *Twitter* hat die Option, dass Sie Bilder einbinden können. Und diese Hieroglyphen – für die meisten von Ihnen wahrscheinlich – sind nichts als Verweise auf Fotos. Und damit es ein bisschen anschaulicher wird, haben wir Ihnen die Fotos unten mitgeliefert. Das sind die Fotos, die man hochlädt, direkt aus dem Konflikt, sekundenschnell, in die große Öffentlichkeit kommuniziert. Das erste Foto zeigt, wie die Polizei die Demonstranten zurückhält, die weiteren den Fortgang der Bauarbeiten – alles in 140 Zeichen!

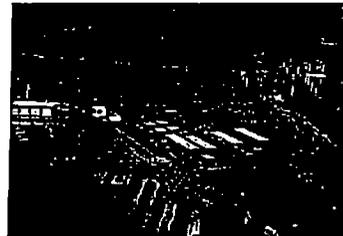
@stuttgart2012
 Andre Durst

Zuerst so <http://twitpic.com/2tginx>
 dann <http://twitpic.com/3wcvim> dann
<http://twitpic.com/4025qg> zum Schluß
<http://twitpic.com/3wqbpz> #S21

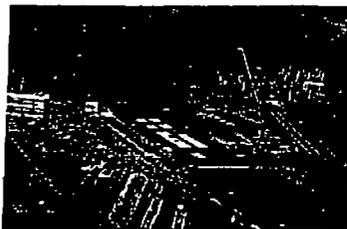
100 Tweets via web · 27 als Favorit markiert · 12 Retweets · 4 Antworten
 von Eberhard, Dietmar



100 Tweets



100 Tweets



100 Tweets



100 Tweets

Retweetet von bering51 und 1 anderen

(aus Thimm et al. 2011)

Ich halte *Twitter* übrigens für das am meisten unterschätzte digitale Medium. *Facebook* wird weit überschätzt, *Twitter* wird unterschätzt. *Facebook* ist die persönliche Klatschbörse und hat wenig Effekt in der politischen Auseinandersetzung, *Twitter* dagegen ist ein schnelles und effizientes Nachrichtenmedium.

Auch die Polizei nutzt *Twitter* insbesondere für politische Konflikte mit Bürgern. Zum Beispiel werden am Ende diejenigen aufgefordert, die noch blockieren – die *Tweets* stammen nämlich aus der Räumungsphase von Stuttgart 21, dem Frühjahr 2012 –, ganz konkret werden Leute mit *@-Kommunikation* angetwittert, sie sollen die Örtlichkeiten verlassen. Vielleicht haben einige von Ihnen sich gewundert, wie erstaunlich problemlos die letzte Räumung abgelaufen ist. Es kann durchaus daran gelegen haben, dass man sich auf kommunikativer Ebene getroffen hat und gezeigt hat: Wir sind uns nicht fremd in dieser digitalen Welt.

Werfen wir einen Blick auf die internationale Debatte. Es wird in den USA viel heftiger diskutiert als bei uns; wir tendieren ein bisschen dazu, doch sehr schwarz zu

sehen und insbesondere die negativen Fälle sehr intensiv zu diskutieren. Aber es gibt natürlich mindestens zwei Perspektiven auf die Fragen nach den Chancen und Risiken. Einerseits, wie *Nicholas Carr* in seinem Buch gezeigt hat, kann das Netz flach sein, es ist *shallow*, die Informationen gehen nicht tief, der intellektuelle Diskurs geht am Netz vorbei. *Edward Keen* sagt, es sind nichts als Amateure im Netz, die echten Profis sind dort nicht. Und natürlich die Fragmentierung in dem berühmten Buch von *Pippa Norris* über „*the digital divide*“. Im Internet regiert sogar, so sagt *Lanier*, digitaler Maoismus – „*the communication of the privileged*“. Oder aber, wie *Morozov* meint, das Netz hilft dabei, die Öffentlichkeit zu kontrollieren, es setzt nicht frei, sondern es ermöglicht sozusagen den Kontrolleuren genau das, was sie früher nicht konnten: Sie können nämlich jeden Schritt der digitalen Opposition mit verfolgen. Aber es gibt natürlich auch ganz andere Perspektiven, nämlich die von *Clay Shirky*, einem begeisterten Verfechter der Netzfreiheit, der von „*global, fair and equal participation options*“ spricht. Wir in unseren Publikationen versuchen zu zeigen, dass es *Online-Deliberation* gibt, dass sie nur anders konfiguriert ist, als das, was beispielsweise *Habermas* argumentativ vorgelegt hat.

Wenn wir nun diese Themen zusammenfügen, welche Thesen ergeben sich aus diesen bisher vorgetragenen Überlegungen? Zunächst erst einmal: Gesellschaft ist nur noch mediatisiert denkbar, ob wir das wollen oder nicht. Der zweite Punkt: Gesellschaft wird fragmentiert und Ungleichheit wächst und ich glaube, das ist eine der ganz großen Herausforderungen. Denn Fragmentierung ist keineswegs nur im Sinne von Ausschlussprozessen zu verstehen, sondern auch im Sinn einer Neuordnung. Und dies hat viel damit zu tun, wer wann was tut und woher er die Kenntnisse hat, um entsprechend zu handeln. Und der dritte Punkt betrifft die Frage, ob sich Menschen zunehmend als aktive Bürgerinnen und Bürger im Sinne von Transparenz, Einmischung und Kontrolle verstehen. Sehen sie sich selbst in einer neuen Verantwortung, im Sinne des *Citoyen-Begriffes*?

Wenn wir uns das Konzept Begriff des *Citoyens* anschauen, müssen wir uns auch mit dem beschäftigen, was den deutschen Begriff des „Bürgers“ umfasst. Dieser Begriff lässt sich in Deutschland in seinen Ursprüngen bis ins 9. Jahrhundert verfolgen. Anders jedoch als später in Frankreich geht es hier nicht um den selbstbewussten Bürger, sondern um den städtischen Bürger, der mit dem Bürgerrecht bestimmte Privilegien erwarb – nicht über die Stadtgrenze hinausgehend, stark im Bezug auf den Ort. Der Bürgerbegriff weitete sich dann in der absolutistischen Zeit zu einem territorialen Bürgerstand hin aus, wurde aber auch da immer noch ständisch interpretiert, das heißt auf bestimmte soziale Bevölkerungsschichten hin bezogen. Entscheidend war bis in das 19. Jahrhundert hinein der ökonomische Hintergrund der Bürgerrechte. Der Zusammenhang zwischen Hausbesitz, gewerblicher Betätigung und Bürgerrecht blieb bis 1869 erhalten. Der deutsche Bürger war demnach über eine lange Phase in der Geschichte vom Besitzbürgertum her bestimmt. Als Besitzbürger erlangte er seine Privilegien und hob sich ab von den unfreien Ständen. Seit dem 19. Jahrhundert sah sich das Bürgertum als einen Stand, dessen soziale Position nicht durch geburtliche Vorrechte, wie beim Adel, oder auch nicht durch berufsständische Ein-

ordnung, wie beim Handwerker, bestimmt war, sondern durch die eigene Leistung. Das heißt, die Leistungsbilanz des Bürgers war das, was auch als definitivische Größe genannt werden kann. Aber Bürgerlichkeit bedeutete auch einen bewussten Verzicht auf Teilhabe am Staatlichen. Man zog sich auf seine bürgerliche Kultur als Lebensstil zurück und wollte Ruhe vom Staat haben. Das kennen wir, glaube ich, heute auch alle. Umgekehrt erwartete das Bürgertum vom Staat, dass er sich auf seine Nachwächterfunktion sozusagen entsprechend den Bildern des 9. Jahrhunderts beschränkte, also in seine Sphäre nur insoweit eingriff, als es im Hinblick auf Gesichtspunkte der polizeilichen Ruhe und Ordnung geboten erschien. Der französische *Citoyen* – Sie sehen hier die „Declaration des droits de l’homme“ –, den ich hier als Begriff einbeziehen möchte, kennt diese Enthaltensamkeit gegenüber dem staatlichen Sektor nicht. Der *Citoyen*, ursprünglich ist dies der stimm- und wahlberechtigte Bürger der *cité*, ist seit der Französischen Revolution eigentlich jeder französische Staatsbürger, man sprach sich ja lange Zeit sogar so an. Im Begriff *Citoyen* kommt der Stolz zum Ausdruck, dass man in der bürgerlichen Revolution den dritten Stand zum universellen Stand erhoben hatte, der Träger der erkämpften, aber nach dem französischen Verfassungsverständnis von Natur aus gegebenen Freiheitsrechte war. Diese empathische Verbindung mit der Freiheit fehlt dem deutschen Bürger, der sich damit begnügt, eine Klasse von Privatleuten zu sein. Aber letztendlich ist nur der ein echter *Citoyen*, der Verantwortung im Sinne von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ibernimmt, aber nicht nur für das eigene Interesse, sondern sozusagen als grundlegend gesellschaftliches Engagement. Nach *Rousseau* heiße dies: „Das gemeinsame Interesse beschränkt sich nicht auf die Summe der einzelnen Willensäußerungen, sondern geht iber sie hinaus“.

Nun ist die zweite Frage: Haben wir heute eine Entwicklung hin zum digitalen *Citoyen*? Können wir sagen, dass die neuen Netzmedien hier eine entscheidende Rolle zu mehr und anderer Partizipation im politischen Rahmen führen? Fraglos ist aus meiner Sicht, dass wir durch die Mediatisierung einen gesellschaftlichen Wandel erleben, der nicht nur die Medien als solche, sondern natürlich auch Organisationen, Institutionen und Regelwerke einschließt. Beginnen wir bei dem, was auch die Tagung zum Kern hat, nämlich beim Öffentlichen. Die Umbewertung des Öffentlichen und des Privaten geht einher mit neuen ethischen Fragen und viele dieser ethischen Fragen werden medienwirksam diskutiert. Das reicht von *cybermobbing* bis zum *shitstorm*, von der Datenschutzdebatte bis zur Idee der *post-privacy*-Gesellschaft. Die *post-privacy*-Debatte stellt eine spannende Zuspitzung der Diskussion um Privatheit dar, nämlich „Brauche ich denn Privatheit noch?“. Wenn ich privat sein will und bei *Facebook* ein Profil habe, dann habe ich etwas nicht verstanden. Es gibt nichts Privates bei *Facebook*. Jeder, der das glaubt, liegt falsch.

Der zweite Punkt, den es einzubeziehen gilt ist, ist die Frage nach den neuen Eliten und neuer Ungleichheit. Ungleichheit meint nicht nur soziale, wirtschaftliche oder kulturelle Unterschiede, nein es meint auch neue Generationenordnungen. Heute hat Generationenzugehorigkeit nicht mehr nur mit chronologischen Bezügen zu tun, mit Kohortenerfahrung wie beispielsweise bei der Kriegsgeneration. Wir haben heute

Erfahrungen, die Generationen anders definieren, und eine der Erfahrungen ist die des Lebens im Netz. Das heißt wir haben eine Generationenordnung, die sich entlang des digitalen Grabens neu formiert. Egal wie alt gehören diejenigen, die sich in diesem digitalen Raum bewegen, in irgendeiner Weise mit dazu. Dies sind querliegende Generationendefinitionen, die neue Perspektiven auf den Generationenbegriff und gesellschaftliche Wandelprozesse werfen.

Und es gibt einen weiteren Punkt: Neue, bisher völlig unbekannte Machtstrukturen und neue Player beeinflussen unseren Umgang mit digitalen Daten. Es gibt nämlich Player in diesem Spiel von Öffentlichkeit und Privatheit, die keiner Kontrolle unterliegen und fast nicht beeinflussbar sind: die Algorithmen. Ob Sie nun von *Google* oder *Facebook* auf spezifische Seiten oder Profile geleitet werden, ob *Amazon* Ihnen aufgrund Ihrer Einkaufsvorschlage unterbreitet oder ob *Twitter* uns sagt, was die *rending topics* sind: Wir sind zusehends im Geflecht von Datenstrukturen gefangen, die uns beeinflussen, dies häufig übrigens unbemerkt. Oder genauer gesagt: Wir befinden uns in der *filter bubble*, die unsere Wahrnehmung lenkt und unsere Interessen (mit)bestimmt. *Eli Pariser* (2010) zweifelt sogar daran, dass wir iberhaupt noch autonome Entscheidungen treffen können. Diese Algorithmen bzw. die Herren iber diese Algorithmen sind Player, die sich der Kontrolle der üblichen staatlichen Instanzen entziehen. Wer die Klagen gegen die Suchfunktionen von *Google*, u. a. von *Bettina Wulff*, verfolgt hat, findet hier genug Beispiele für Setzung der Technologie als Machtfaktor: Es geht nicht um die privaten Interessen von Menschen, die sich durch Algorithmen geschädigt sehen, sondern um die Unhinterfragbarkeit dieses Selektions- und Sortierungsprozesses. Wer sieht, wie *Google* sich gegen jede Form der Einnischung in sein algorithmisiertes Auswahlssystem wehrt und wie Berufsstände entstehen, die *social media optimization* als eigenen Berufsstand markieren, der sieht: Da sind Player im Raum, die wir bisher iberhaupt noch nicht im Blickfeld hatten (s. auch *Dang-Anh/Einspänner/Thimm* 2013).

Die vielen Optionen, die das Netz bei aller Problematik bereithält, haben eine Seite, die aus meiner Sicht bisher zu wenig diskutiert wird. Das Netz braucht eine neue Kultur der gemeinsamen Verantwortung. Der fordernde Bürger, der nach staatlichem Schutz im Netz ruft, verkennt die Tatsache der eigenen Verantwortung. Transparenz- und Mitspracheforderung bedingen eine Perspektive auf die eigenen Handlungen. Wenn ich meine Privatsphäre schützen will, dann muss ich mein Mitteilungsbedürfnis im Netz anpassen. Und als Netzburger habe ich auch eine Verantwortung für das „große Ganze“ – das heißt, es braucht auch ein bürgerschaftliches Verständnis für die Allmende, für das Gemeinwohl im Netz. Das heißt auch, ein Engagement als „digitaler *Citoyen*“, als selbstbewusster Staatsbürger im Netz.

Mein Fazit deswegen: Wir sind auf dem Wege dazu, im Digitalen eine eigenständige Welt zu schaffen, ohne dass dies allgemein im Bewusstsein ist. In diesem System gibt es bisher viele Millionen, oft chaotische und unregulierbare Aktivitäten. Genau diese Unstrukturiertheit machen sich aber die mächtigen Player zunutze. Vielleicht ist es (heute noch) ibertrieben, von einem „digitalen“ Staat zu sprechen. Aber die ironisch gemeinte Aussage, bei der nächsten UNO-Sitzung müsse *Facebook* einen Sitz als

„8. Kontinent“ erhalten, entbehrt bei allem Zynismus nicht einer wahren Perspektive: Nur China hat noch mehr Einwohner als *Facebook*!

Wir haben auch als Individuen eine neue Verantwortung bei der Nutzung und Gestaltung dieser digitalen Welt. Um diese Verantwortung zu definieren, braucht es einen gesellschaftspolitischen Aushandlungsprozess, es braucht – und da würde ich mich sehr gerne an meinen Vorredner anschließen – eine Debatte, die nicht auf die Netzgemeinde beschränkt ist. Es braucht eine Debatte darüber, was für Aufgaben uns als digitale *Citoyens* in unserer Rolle als Staatsbürger eigentlich zukommen. Welchen Schutz wollen wir durch die Gesetzgebung, wo beginnt die Eigenverantwortung und was heißt heute eigentlich „freies Internet“? Mein Fazit ist daher, dass es einen breiten Diskurs über die Verantwortung, die Rechte und die Rolle des Bürgers in der digitalen und nicht-digitalen Welt braucht, um diesen durchgreifenden Mediatisierungsprozess greifbar zu machen und in die politische Arena zu integrieren.

Mit diesem Plädoyer möchte ich schließen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Literaturhinweise

- Carr, Nicholas* (2010): *The shallows: What the internet is doing to our brains*. New York, NY: Norton.
- Keen, Andrew* (2007): *The cult of the amateur: How blogs, MySpace, YouTube, and the rest of today's user-generated media are destroying our economy, our culture, and our values*. New York, NY: Doubleday.
- Krotz, Friedrich* (2007): *Mediatisierung: Fallstudien zum Wandel von Kommunikation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pariser, Eli* (2011): *The Filter Bubble. What the Internet is hiding from you*. New York: Penguin Press.
- Röhle, Theo* (2010): *Der Google-Komplex. Über Macht im Zeitalter des Internets*. Bielefeld: Transcript.
- Thimm, Caja* (2012): *WikiLeaks und die digitale Bürgerschaft. Neue Optionen für Zivilgesellschaft?* In: Filipovic, Alexander/Jäckel, Michael/Schicha, Christian (Hrsg.): *Medien- und Zivilgesellschaft*. Weinheim: Juventa, S. 132-144.
- Thimm, Caja/Bürger, Tobias* (2012): *Digitale Citoyens – politische Partizipation in Zeiten von Social Media*. BAPP, Bonn. Download unter: <http://site.ifan-bonn.de/site/2013/03/digitale-citoyens-politische-partizipation-in-zeiten-von-social-media-fallanalysen-zur-politischen-beteiligung-in-egypten-deutschland-und-china/>.
- Thimm, Caja/Dang-Anh, Mark/Einspänner, Jessica* (2011): *Diskurssystem Twitter: Semiotische und handlungstheoretische Perspektiven*. In: Anastasiadis, Mario/Thimm, Caja (Hrsg.), *Social Media: Theorie und Praxis digitaler Sozialität*. Bonner Beiträge zur Medienwissenschaft Bd. 11. Frankfurt/New York: Lang, S. 265-286.
- Thimm, Caja/Dang-Anh, Mark/Einspänner, Jessica* (2012): *Mehr Zivilgesellschaft durch Soziale Netzwerke? Medienethische Perspektiven auf Twitter als Diskursmedium*. In: Filipovic, Alexander/Jäckel, Michael/Schicha, Christian (Hrsg.): *Medien- und Zivilgesellschaft*. Weinheim: Juventa, S. 200-214.
- Thimm, Caja/Bürger, Tobias* (2013): *Digitale Partizipation im politischen Kontext – „Wutbürger“ online*. In: Friedrichsen, Mike/Kohn, Roland A. (Hrsg.), *Liquid Democracy: Digitale Politikvermittlung – Chancen und Risiken interaktiver Medien*. VS Verlag, Wiesbaden, S. 255-272.
- Norris, Pippa* (2001): *Digitale Divide: Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide*. Cambridge University Press.

TABEA RÖSSNER

Politik und Öffentlichkeit: Wie kann gemeinwohldienliche Politik in der modernen Kommunikationsgesellschaft formuliert werden?

Sehr geehrte Damen und Herren,

vorab möchte ich mich bei der Gesellschaft für Rechtspolitik für die Einladung ganz herzlich bedanken. Ihre Informationen zu den Bitburger Gesprächen bekomme ich regelmäßig. Die Themenpalette habe ich dabei immer als sehr spannend empfunden. Leider lässt es die Zeit nicht immer zu, dabei zu sein.

Umso mehr freue ich mich, dass es heute geklappt hat. Und dabei war es gut, dass Sie mich so früh eingeladen haben, denn zurzeit findet gerade eine Veranstaltung meiner Bundestagsfraktion statt, die ich aufgrund meiner frühen Zusage nun schwänze.

Daher entschuldigen Sie bitte, dass ich an dem Programm nicht früher teilnehmen konnte und bitte schon einmal vorbeugend um Nachsicht, falls ich den einen oder anderen Aspekt beleuchte, der heute schon mal thematisiert wurde.

Sie haben mich gebeten, zu dem Thema mit dem Titel „Wie kann gemeinwohldienliche Politik in der modernen Kommunikationsgesellschaft formuliert werden?“ zu reden. Eine Frage, die uns politische Akteure, aber auch die Politik im Allgemeinen sehr beschäftigt.

Die Sichtweisen darüber, was denn eine Politik ist, die dem Gemeinwohl dient, unterscheiden sich dabei grundlegend. Wir alle haben unterschiedliche Vorstellungen darüber, was denn gut bzw. gemeinwohldienlich für die Gesellschaft ist. Genau diese unterschiedlichen Auffassungen machen auch unsere Demokratie aus. Die Diskussion über das richtige Ziel, über den richtigen Weg und die notwendigen Maßnahmen, um das Ziel zu erreichen.

Zudem verlangt der Wandel in der Mediennutzung, dass wir uns mit dieser Frage beschäftigen. Viele von uns können sich sicherlich noch an die Zeit erinnern, als es nur drei Medienarten für die Beschaffung von Informationen gab: die Zeitung, das Radio und natürlich das Fernsehen. Mittlerweile repräsentieren diese Medien nur einen Teil der Möglichkeiten, am politischen Leben zu partizipieren.

Durch das Internet und die so genannten „neuen Medien“ – die ja gar nicht mehr so neu sind – werden wir in kürzester Zeit und ständig mit Informationen versorgt. Wir müssen nicht mehr auf die Zeitung am nächsten Tag warten oder auf die Tagesschau am Abend, um zu wissen, was gerade in Berlin, Brüssel oder hier in Mainz geschieht. Außerdem haben wir Zugriff auf zahlreiche Kommentare, Einschätzungen, Blogbeiträge, mit denen wir ebenfalls konfrontiert werden.